Abgeordnetenhaus BERLIN

Drucksache 17/0336
15.05.2012

17. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU

Angebot an Wohnraum für Studierende ausbauen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Vor dem Hintergrund der steigenden Zahl an Studierenden und einer schwieriger werdenden Situation auf dem Wohnungsmarkt wird der Senat aufgefordert, ein Konzept zu erarbeiten, wie eine ausreichende Versorgung mit Wohnheimplätzen für Studierende in Berlin sichergestellt werden kann. Dabei sind Möglichkeiten aufzuzeigen, wie in Zusammenarbeit mit landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften – der verfügbare preisgünstige Wohnraum für Studierende ausgebaut werden kann.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31.12.2012 zu berichten.

Begründung:

Berlin gilt als einer der attraktivsten Studienstandorte Deutschlands. Die Zahl der Studienplatzbewerber liegt seit Jahren auf einem außerordentlich hohen Niveau. Berlin muss allen jungen Menschen unabhängig von ihrer finanziellen Situation die Möglichkeit für ein Studium bieten. Neben einem gebührenfreien Studium kommt darum dem bestehenden Angebot an günstigem Wohnraum für Studierende eine große Bedeutung zu. Seit mehreren Jahren steigt die Zahl der Studienanfängerinnen und -anfänger kontinuierlich an. Dem gegenüber hat sich die Lage auf dem Berliner Wohnungsmarkt in den letzten Jahren verschärft. Für junge Leute in der Ausbildung wird es daher schwieriger, preiswerten Wohnraum zu finden.

Die Internationalisierung der Ausbildung, die steigende Mobilität der Studierenden und die Umstellung auf das Bachelor/Master-System werden zudem zu einer weiteren Steigerung der Nachfrage nach kurzfristig verfügbarem günstigen Wohnraum gerade auch in Studentenwohnheimen und studentischen Wohngemeinschaften führen. Demgegenüber stagniert die Zahl der Wohnheimplätze trotz steigender Studierendenzahlen.

Die Situation auf dem Wohnungsmarkt macht daher eine Überprüfung der Nachfrage und des Angebots an Wohnheimplätzen notwendig. Neubauprogramme des Studentenwerks erscheinen finanziell unrealistisch, so dass nach Alternativen gesucht werden muss. Dabei müssen alle verfügbaren Potenziale an öffentlichen Wohngelegenheiten berücksichtigt werden, auch die Apartments der ARWO-Bau.

Berlin, 15. Mai 2012

Saleh Oberg
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der SPD

Graf Brauner Dr. Heide
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU